

TTIP, CETA, TISA
Beschluss des Geislinger Gemeinderats zu der geplanten
transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft

1. Der Gemeinderat der Stadt Geislingen an der Steige unterstützt nachdrücklich die Initiative der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU)) zu den Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und zu den weiteren derzeit in Verhandlungen befindlichen Handelsabkommen (CETA, und TISA).
2. Demgemäß fordert der Gemeinderat die auf europäischer und nationaler Ebene politisch Verantwortlichen dazu auf, die Transparenz der Verhandlungsführung deutlich zu erhöhen, die europäische Bürgerschaft schnellstens über deren Inhalte zu informieren und die Belange der Kommunen nachhaltig zu vertreten. Insbesondere fordert der Gemeinderat
 - dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen, sowie die Leistungen im Kulturbereich von allen Marktzugangspflichten in TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgenommen wird und Rekommunalisierungen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge möglich bleiben,
 - dass Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht mit Auswirkungen auf die kommunale Organisationsfreiheit nicht hinter dem reformierten europäischen Vergaberecht zurückbleiben und Regelungen auf Bundes- und Länderebene, wie z.B. das Tariftreuegesetz, möglich bleiben,
 - dass in den derzeit in der Verhandlung befindlichen Abkommen auf spezielle Investitionsschutzregelungen und demokratisch unkontrollierte Schiedsgerichte verzichtet wird,
 - dass die insbesondere hinsichtlich Arbeits-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltschutz in der EU einheitlich oder national geltenden Standards keinesfalls mit einem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen reduziert werden dürfen,
 - und dass Vertretungen der kommunalen Ebene und der öffentlichen Dienstleistungen in die bei der EU-Kommission bestehenden Beratungsgruppen mit angemessenen Beteiligungsrechten ausgestattet werden.